



Adresse : auto-partei.ch, Postfach, 4622 Egerkingen  
Tel. 062 398 38 38 Fax 062 398 48 48 Mail auto-partei@bluewin.ch

Das **INFO** ist ein **Informations-Bulletin** für alle Mitglieder der Partei.

---

## Parolen zu den Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2010

Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 30. Januar 2010

### JA zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

Mit nur vier Gegenstimmen haben sich die Delegierten hinter diese Vorlage gestellt. Nachdem kantonal bisher unterschiedliche oder keine Bestimmungen zur Forschung am Menschen galten, wird eine Schweizerische Vereinheitlichung mit Verfassungsgrundlage als sinnvoll erachtet. Primär geht es dabei um den Schutz des einzelnen Menschen.

So dürfen Forschungen nur dann durchgeführt werden, wenn ein Patient selbst einwilligt, nachdem er über alle wesentlichen Aspekte informiert wurde. Ist eine Person aufgrund des Alters oder einer Krankheit nicht in der Lage selbst zu entscheiden, fällt diese Aufgabe der gesetzlichen Vertretung zu ( z.B. den Eltern im Falle eines kleinen Kindes ). Das Gesetz soll verhindern, dass niemand zur Teilnahme an Forschungsprojekten gezwungen werden darf. Zwei weitere Grundsätze halten fest, dass die Risiken und Belastungen für Betroffene in keinem Missverhältnis zum Nutzen der Forschung stehen dürfen. Zudem muss jedes Projekt von einer unabhängigen Stelle zum Schutz der teilnehmenden Personen überprüft werden. Es gelten Vorschriften zum Schutz der Würde an der Persönlichkeit.

Forschung z.B. in Spitälern ist Alltag und von wichtiger Bedeutung. In der Medizin wird nach neuen Erkenntnissen gesucht um Krankheiten besser feststellen, behandeln oder verhindern zu können. Neue Medikamente könnten nicht auf den Markt gebracht werden, wenn sie vorher nicht am Menschen erfolgreich geprüft würden.

Benno Betschart  
Vize Präsident

### JA zur Initiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tieranwalt-Initiative)“

Die vom Schweizerischen Tierschutz eingereichte Initiative hat zur Folge, dass der Artikel 80 in der Bundesverfassung, welcher den Tierschutz regelt, mit zwei Absätzen ergänzt wird.

Weshalb ein Tierschutzanwalt dringend nötig ist:

- Es ist wichtig, dass Tierquälereien nicht mehr länger als blosse Bagatellen abgetan werden können.
- Immer wieder werden Tiere grauenhaft umgebracht, gequält, misshandelt und vernachlässigt. Für die Tierquäler hat dies bis heute meistens kaum Folgen. Wenn ein solches Verbrechen überhaupt zu einer Verurteilung führt, so ist die Konsequenz allenfalls eine läppische Geldstrafe, die keinen Täter abschreckt.
- Während jeder Tierquäler im Falle eines Prozesses sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen kann und einen Verteidiger hat, vertritt niemand die Stimme der geschundenen Tiere vor Gericht.
- Tiere sind naturgemäss nicht in der Lage, ihre Interessen in Rechtsverfahren vor Behörden und Gerichten selbst zu vertreten.
- Tierschutzorganisationen, welche Anzeige erstatten, haben in Strafverfahren ebenfalls keine Rechte.
- Da zuständige Stellen überlastet sind, drohen „unwichtige“ Delikte wie Tierquälerei in den Aktenbergen unterzugehen.

- Mit der Initiative will der STS erreichen, dass künftig in allen Kantonen spezialisierte Tierschutzanwälte in Tierschutzfällen ermitteln und in Gerichtsverfahren die Partei für die betroffenen Tiere übernehmen können.

Ein Tieranwalt hat bei Behörden und vor Gericht die Kompetenzen, die bis heute niemand besitzt. Niemand kontrolliert und beanstandet bis jetzt die milden Urteile, welche in Tierschutzfällen von Richtern oftmals als Alibi-Übung ausgesprochen werden.

Mit einem **JA** für diese Initiative setzt die auto-partei.ch ein Zeichen für die Tiere und nicht für eine Aufblähung unseres Staates.

Ursula Walther, auto-partei.ch Kanton Bern

### **NEIN zur Abstimmungsvorlage über die Berufliche Vorsorge: Anpassung des Mindestumwandlungssatzes,**

In der beruflichen Vorsorge dient der Umwandlungssatz dazu, das Altersguthaben in eine jährliche Rente umzuwandeln. Für die obligatorische berufliche Vorsorge gilt ein Mindestumwandlungssatz. Dieser wurde im Jahr 2005 von 7,2%, d.h. für 100'000 Franken angespartes Alterskapital wird eine Jahresrente von Fr. 7'200 ausgerichtet, auf 6,8% gesenkt. Das bedeute, dass für die gleichen 100'000 Franken Alterskapital nur noch Fr. 6'800 an Jahresrente ausgerichtet wird. Begründet wurde die Senkung damals hauptsächlich mit der höheren Lebenserwartung. Fünf Jahre nach dieser Senkung soll der Umwandlungssatz erneute gesenkt werden, und zwar auf 6,4%. Die jährliche Altersrente für die gleichen 100'000 Franken Alterskapital würden erneut um fast 6% gesenkt und zwar auf Fr. 6'400. Begründet wird diese Senkung, für die sich vor allem die Versicherungsgesellschaften, bei welchen fast eine Million Versicherte in 156'000 Betrieben angeschlossen sind, stark machen, mit der steigenden Lebenserwartung und den schwierigen Verhältnissen für risikoarme Kapitalanlagen. Gegen diese Senkung auf 6,4% haben linke und rechte Kreise (Lega ticinesi und Schweizer Demokraten) das Referendum ergriffen.

An der Delegiertenversammlung haben Ehrenpräsident Jürg Scherrer und der Verfasser dieser Zeilen an einem Streitgespräch mit Einbezug der Delegierten ihre Ansichten dargelegt. Jürg Scherrer setzte sich für ein Ja zur Vorlage ein. Er befürchtete, dass ohne Senkung des Umwandlungssatzes die Pensionskassen

und Versicherer in finanzielle Engpässe geraten könnten. Der Deckungsgrad zahlreicher Kassen würde noch weiter fallen und es müssten Sanierungsmassnahmen von den aktiven Versicherten geleistet werden.

Der Verfasser dieser Zeilen, selber Verwalter einer Pensionskasse mit rund 150 Destinatären machte sich für die NEIN-Parole stark. Er erläuterte, dass der oft erwähnte Deckungsgrad lediglich eine Momentaufnahme am Tag X sei. Es sei unwahrscheinlich, dass von einem Tag auf den anderen die Kassen alle ihre Verpflichtungen erfüllen müssten. Dies liege nicht in der Natur des Modells der 2. Säule. Ausserdem sei der Deckungsgrad im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr bei den meisten Kassen wieder angestiegen. Dies zeige, dass sich die finanzielle Lage der Pensionskassen in den vergangenen 12 Monaten wieder deutlich verbessert habe. Bei einer umsichtigen und vor allem langfristig ausgelegten Anlagestrategie könne auch heute noch für den obligatorischen Teil der 2. Säule ein Umwandlungssatz von 6,8% erreicht werden.

Die Delegierten beschlossen mit 65 zu 35 Prozent bei einigen Enthaltungen die NEIN-Parole.

Heinz Wegmann, Präsidiumsmitglied

---

+++ auto-partei.ch Kanton Bern +++

---

### **Strassenverkehrssteuer - Milchkühe sind heutzutage vierrädrig**

**Unterschreiben** auch Sie den **Volksvorschlag zur „Besteuerung der Strassenfahrzeuge“**, der eine **Reduktion der Motorfahrzeugsteuern von ca. 33% verlangt!** Ablauf der Sammelfrist: 10. März 2010. Unterschriftenbögen können unter <http://blogme.ch/43> heruntergeladen werden.

### **Nationalratswahlen 2011**

Damit der Autofahrer in Bundesbern endlich Gehör findet, unternimmt die auto-partei.ch des Kantons Bern alles, um mit einer schlagkräftigen Liste an den Nationalratswahlen 2011 teilzunehmen und mit ihren beschränkten finanziellen Mittel diesen Wahlkampf führen.

Aus diesem Grund verzichtet die auto-partei.ch des Kantons BE auf die Teilnahme an den Grossratswahlen vom 28. 03. 2010.

Für motivierte Mitglieder aus dem Kanton Bern haben wir noch freie Listenplätze. Interessierte melden Sie sich bitte bei unserer Geschäftsstelle: 079 356 43 12 (Heinz Wegmann).

Vielen Dank.